Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 02	S0076/12	14.03.2012
zum/zur		
F0015/12 – FDP-Ratsfraktion		
Bezeichnung		
Auswirkungen der Erhöhung der Grundsteuer B		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		27.03.2012

Mit dem Beschluss des Stadtrates, die Grundsteuer B 2012 auf 495 Punkte anzuheben, verteuern sich auch die Kosten für Unterkunft und die Wohngeldzuschüsse, die von der Stadt zu einem großen Anteil getragen werden. Der Präsident des Haus & Grund e.V. verwies auf diese Problematik (siehe Volksstimme 20.1.2012).

Der Oberbürgermeister wurde gebeten, nachstehende Fragen zu beantworten:

1. Wie setzen sich die von Ihnen im Änderungsantrag DS0455/11/31 prognostizierten zusätzlichen Einnahmen i.H. von 2,5 Mio Euro durch die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes zusammen – bitte aufschlüsseln nach
 - a. Vermietern/Mietern
 - b. privaten Haus- und Grundbesitzern
 - c. gewerblichen Nutzern
2. Welche Auswirkungen hat die Erhöhung auf die Kosten für Unterkunft und die Wohngeldzuschüsse?
3. Mit welchen zusätzlichen Ausgaben im sozialen Bereich ist aufgrund der Grundsteuererhöhung im Haushalt 2012 zu rechnen?

Stellungnahme:

1. Wie setzen sich die von Ihnen im Änderungsantrag DS0455/11/31 prognostizierten zusätzlichen Einnahmen i.H. von 2,5 Mio. Euro durch die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes zusammen – bitte aufschlüsseln nach
 - a. Vermietern/Mietern
 - b. privaten Haus- und Grundbesitzern
 - c. gewerblichen Nutzern.

Aus der nachfolgenden Tabelle ist die Aufteilung des Grundsteueraufkommens auf bestimmte Grundstücksarten und die Auswirkung der Hebesatzanhebung von 450 v.H. auf 495 v.H. ersichtlich.

Grundstücksart	Grundsteuer 2011 Hebesatz 450 v.H.	Grundsteuer 2012 Hebesatz 495 v.H.	Differenz
Vermieter / Mieter	8.267.019	9.093.721	826.702
private Haus- und Grundbesitzer	6.215.925	6.837.518	621.593
gewerbliche Nutzer	8.738.513	9.612.364	873.851
unbebaute Grundstücke (privat/ gewerblich)	1.804.143	1.984.557	180.414
Gesamt	25.025.600	27.528.160	2.502.560

2. Welche Auswirkungen hat die Erhöhung auf die Kosten für die Unterkunft und die Wohngeldzuschüsse?

Die Wohngeldzuschüsse werden von Bund und Land zu 100 % erstattet. Somit wirkt sich die Grundsteuererhöhung nicht auf die Aufwendungen der Landeshauptstadt Magdeburg aus.

Die Kosten der Unterkunft nach § 22 SGB II werden sich nach vorsichtigen Schätzungen um ca. 150.000 Euro erhöhen.

Die 150.000,00 Euro ergeben sich bei derzeitigen 20.146 Bedarfsgemeinschaften und angenommenen Mehrkosten von maximal 10 Euro (201.460,00 Euro) und unter Abzug der Erstattung vom Bund in Höhe von 26,4 % (-53.185,00 Euro).

In 2012 sind davon lediglich die Kosten betroffen, die an Wohnungs- und Hauseigentümer erstattet werden. Hier wird von Mehrkosten von etwa 1.500,00 Euro ausgegangen. Die Mehrkosten für die Mieter werden bei der Stadt erst im Jahr 2013 mit den Betriebskostenabrechnungen wirksam werden.

3. Mit welchen zusätzlichen Ausgaben im sozialen Bereich ist aufgrund der Grundsteuererhöhung im Haushalt 2012 zu rechnen?

Angaben dazu liegen nicht vor.

Aufgrund der vielfältigen Grundsteuerbefreiungen (§§ 3, 4 Grundsteuergesetz) ist nicht mit nennenswerten zusätzlichen Ausgaben zu rechnen.

Zimmermann